

Antrag 71/I/2025**Jusos****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Der/Die Landtagsfraktion möge beschließen:****Keine kostenpflichtigen Rettungseinsätze in Brandenburg!**

1 Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-
2 Landtagsfraktion im Brandenburger Landtag
3 dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass in Branden-
4 burg keine Gebührenbescheide für Rettungs- und
5 Notarzteinsätze mehr erhoben werden.
6 Dafür fordern wir, dass gemeinsam mit den Kom-
7 munen und den Krankenkassen eine nachhaltige Lö-
8 sung gefunden wird, um steigende Kosten zu de-
9 cken.
10 Sollten andere Finanzierungsversuche scheitern,
11 fordern wir die Landtagsfraktion dazu auf, die Kom-
12 munen durch Landeszuschüsse entsprechend finan-
13 ziell auszustatten.
14 Hierfür sollte möglichst eine gesetzliche Grundlage
15 geschaffen werden, damit langfristig Rechtssicher-
16 heit hergestellt werden kann.
17 Die missbräuchliche Inanspruchnahme von Not-
18 arzteinsätzen durch ungerechtfertigte Notfälle soll
19 künftig mit einem Bußgeld geahndet werden. Um
20 klare Kriterien für die Einordnung von Einsätzen zu
21 schaffen, wird eine Kommission auf Landesebene
22 eingesetzt. Diese soll verbindlich festlegen, welche
23 Notfälle als gerechtfertigt gelten und welche nicht,
24 um den Rettungsdienst zu entlasten und Ressour-
25 cen effizienter einzusetzen.

26

Begründung

27 Die Kosten für Rettungs- und Notarzteinsätze sind
28 in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Ge-
29 rade im ländlichen Raum, wo oft größere Stre-
30 cken zurückgelegt werden müssen, reicht der von
31 den Krankenkassen finanzierte Festbetrag oft nicht
32 mehr aus, um kostendeckend arbeiten zu können.
33 Die Landesregierung hat im März gemeinsam mit
34 besonders betroffenen Kommunen und den Kran-
35 kenkassen eine Übergangslösung bis Ende Juni ge-
36 funden.
37 Danach ist die Situation bislang unklar.
38 Rettungseinsätze sind kommunale Daseinsvorsor-
39 ge.
40 Wenn die Kommunen nicht zahlen können, ent-
41 spricht es unserem Verständnis von Sozialstaatlich-
42

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung**

Lösungsfindung befindet sich dank Moderation
durch Landesregierung auf einem zielführenden
Weg

43 keit, dass diese erhöhten Kosten vom Land getragen
44 werden.
45 Daher fordern wir die Landtagsfraktion und unseren
46 Parteivorsitzenden Dietmar Woidke eindringlich da-
47 zu auf, ein nachhaltiges Finanzierungskonzept vor-
48 zulegen, oder konsequent Landeszuschüsse bereit-
49 zustellen.